

Vortrag von Abraham Melzer am 30.11.17 in Stuttgart bei der Veranstaltung zur Vorstellung seines Buches „die Antisemitenmacher“

Ein Gespenst geht um in Deutschland

Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst des BDS. Aber keiner weiß wer und was BDS ist. Für einige sind Charlotte Knobloch, Volker Beck, Uwe Becker, Henryk M. Broder und andere die Gespenster und für diese ist es die BDS-Bewegung. Alle Mächte haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses unbekannte Gespenst verbunden – Bürgermeister, Stadtparlamente, Gemeindevorsitzende, Parteien, Kirchen und der Zentralrat der Juden. Der Papst ist diesmal nicht dabei und auch Bischof Tutu nicht, dafür aber Benjamin Netanjahu, die deutschen Antideutsche, französische Radikale und holländische Rechte.

Es ist an der Zeit, dass die BDS-Aktivisten ihre Ziele und Anschauungen, ihre Zwecke und ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen und mit dem Märchen vom Gespenst, das BDS heißen soll, ein Ende machen. Schluss machen mit dem falschen und lächerlichen Vorwurf, dass BDS antisemitisch sei und die BDS-Bewegung aus lauter Antisemiten besteht.

München, Frankfurt, Köln und andere Städte in Deutschland wollen sich der historischen Verantwortung stellen, weil sie einst ganz offiziell „kauft nicht bei Juden“ gefordert haben und Juden mordeten, nur weil sie Juden waren. Aber sie sind dabei wieder das Falsche zu machen. Wenn sie damals angeblich semitische Juden verfolgten und demütigten, wollen sie heute moslemische Semiten verfolgen und demütigen, die

ihnen, genauso wie die Juden, nichts getan haben, es sei denn, sie dabei stören den Juden als Reparation arabisches Land zu schenken. Das ist der berühmt berüchtigte Versuch Unrecht mit noch mehr Unrecht zu tilgen.

Jetzt glauben Sie das Unrecht von früher zu tilgen, indem sie der richtigen Bewegung von heute die falschen und rassistischen Parolen von einst in den Mund legen und auf die Fahne setzen. Dabei ist BDS sehr weit davon entfernt bei Juden nicht kaufen zu wollen. Sie weigern sich bei israelischen Siedler zu kaufen, die den Palästinensern das Land geraubt haben. BDS richtet sich nicht gegen Menschen, sondern gegen eine rassistische, kolonialistische und unmenschliche Politik. Der alte, widerliche Nazislogan richtete sich gegen Menschen, nur weil sie Juden waren. Wer hier nicht unterscheiden will ist ein Gespenst von vorgestern und sollte heute keine politischen Ämter und Verantwortung tragen, auch und besonders nicht als Stadtkämmerer.

Die Stadt München hat sich einer „Antisemitismus Arbeitsdefinition“ angeschlossen, die so überflüssig ist wie ein Loch im Kopf und so lächerlich wie ein Loch in den Jeans. Sie wurde 2004 von einer europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erarbeitet, die wahrscheinlich von der israelischen Hasbara finanziert wird. Die Europäische Union hat jedenfalls keine gemeinsame von den Regierungen erarbeitete Definition des Antisemitismus, auch keine Arbeitsdefinition, und die EU hat ausdrücklich erklärt, dass BDS unter keinen Umständen antisemitisch sei. Als der zionistische Abgeordnete Volker Beck im Bundestag die Regierung nach Erkenntnissen über den Antisemitismus bei der BDS fragte, hat man ihm klar und deutlich geantwortet, dass darüber keine Erkenntnisse vorliegen. Beck ignoriert aber die Antwort und behauptet weiterhin, dass die BDS-Bewegung antisemitisch sei. Wenn es so

einfach ist Antisemit zu sein, dann möchte auch ich behaupten, dass für mich Volker Beck ein Antisemit ist. Die Tatsache, dass er Israelfan ist hat nichts zu sagen, es gibt auch Antisemiten, die Juden lieben. Und es gibt auch Juden, die Antisemiten lieben. Überhaupt, Antisemit ist heute nicht mehr derjenige, der Juden hasst, sondern derjenige, den Zionisten hassen. Und Zionisten hassen alle, die Israel nicht blind und bedenkenlos lieben.

Die BDS-Kampagne fordert das Ende der Besatzung Palästinas. Was ist denn daran schlecht und antisemitisch? Zudem dämonisiert die Kampagne angeblich Israel. Aber dämonisiert Israel durch seine Politik nicht sich selbst? Dabei geht es den Städten gar nicht um BDS, zumal sie nicht wissen und wissen wollen, was BDS ist. Es geht allein darum Kritik an Israels Politik zum Schweigen zu bringen, indem man Kritikern der israelischen Politik zu Antisemiten erklärt und ihnen keine Räume für Veranstaltungen geben will.

Das scheint in diesem Land sehr einfach und leicht zu sein. Man muss nur bestimmte Gruppen als israelfeindlich, reaktionär und antiaufklärerisch bewerten und schon soll es möglich sein geschlossene Mietverträge fristlos zu kündigen und öffentlich-rechtliche Raumüberlassungen zu verweigern.

In Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und fast überall in der Republik, wo es Gemeindeordnungen gibt, die die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen jedermann zur Verfügung stellen, will man diese Satzungen außer Kraft setzen und damit auch das Grundgesetz. Mit neuen Klauseln soll es künftig möglich sein, sagte Uwe Becker, Stadtkämmerer von Frankfurt.

(5) Die *Benutzung der öffentlichen, dem Gemeingebrauch dienenden Einrichtungen* steht nach Maßgabe der bestehenden

Vorschriften jedermann zu. Die Zulassung kann von einer vorherigen Belehrung und dem ausdrücklichen Anerkenntnis der bestehenden Vorschriften abhängig gemacht werde

Liebe Freunde, die Bayerische Gemeindeordnung ist der Meinung, dass städtische Räume für jedermann zur Verfügung stehen müssen. Also auch für mich. Frau Knobloch, die ewige Präsidentin der israelitischen Gemeinde in München ist anderer Meinung. Ich frage mich wovor sie Angst hat. Offensichtlich vor der Wahrheit, denn diese bekämpft sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln.

Ich verstehe nicht warum sie unbedingt darauf besteht mich als einen „berüchtigten Antisemiten“ verurteilt zu sehen, wo sie doch weiß, dass ich keiner bin. Was will sie damit beweisen? Was will sie damit erreichen? Wenn ich ein Antisemit bin, was ist dann der Antisemitismus noch wert? Und wenn ich ein Antisemit bin, was sind dann die echten Antisemiten? Statt gegen diese zu kämpfen richtet Frau Knobloch ihren Zorn auf Kritiker der Israelischen Politik, die zurecht Kriegsverbrechen kritisieren. Aber Frau Knobloch will davon nichts wissen, da sie in der Tat davon auch nichts weiß. Schade, dass Deutschlands Juden von solchen Witzfiguren repräsentiert werden, die schon viel zu lange an der Macht sind und inzwischen wahrscheinlich glauben, dass jüdische Gemeinden Privateigentum sind. Es ist auch kein Zufall, dass Frau Knobloch ihre Gerichtskosten und meine Anwaltskosten vom Konto der Gemeinde bezahlt hat. Sie ist ja tatsächlich der Meinung, dass es ihre Gemeinde ist.

Für die Juden ist hier ein gefährlicher Teufelskreis entstanden. Die Taten von Netanjahu erwecken in der Welt Widerstand und Abscheu. Das stärkt den Antisemitismus. Gegenüber dieser Gefahr drängen sich alle jüdischen Organisationen Israel zu verteidigen und sich mit ihm ohne

Wenn und Aber zu identifizieren. Diese Identifikation erlaubt es den Antisemiten nicht nur Israels Regierung anzugreifen, sondern auch die lokalen Juden. Und so weiter (...) Nicht nur dass Israel die Juden vor Antisemitismus nicht schützt, sondern im Gegenteil – Israel schafft und exportiert den Antisemitismus, der die Juden bedroht.

„(...) hätte man mich gefragt, hätte ich allen jüdischen Gemeinde in der Welt geraten: zerbricht den Teufelskreis, entwaffnet die Antisemiten von ihren Waffen. Lasst ab von der automatischen Reaktion der Identifikation mit allem, was unsere Regierung tut. Lasst euer Gewissen reden. Kehrt zurück zu den traditionellen jüdischen Werten von „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit sollst du suchen“ (Deuteronomium 16, 20) und „Suche Frieden und verfolge ihn“ (Psalmen 34, 15). Identifiziert euch mit dem anderen Israel, jenes, das um diese Werte zuhause kämpft. Immer mehr jüdische Organisationen auf der Welt gehen diesen Weg. Sie zerstören noch einen Mythos: die absolute Unterwerfung der Juden der Diaspora vor der israelischen Regierung“ (Uri Avnery).

Am 30. Januar 1933 haben die Nazis die Macht in Deutschland ergriffen und noch in derselben Nacht kam die Gestapo in die Wohnung meines Vaters und wollte ihn verhaften. Das Verbrechen meines Vaters bestand darin, dass er in seiner Zeitschrift „Freie Jüdische Rundschau“ über die Nazis geschrieben und sich über Hitler lustig machte. Mein Vater konnte nur noch durch Flucht sein Leben retten.

Fünfundachtzig Jahre später passiert mir etwas ähnliches. Bei meinem Vater war es der Staat, in meinem Fall ist es die Stadt. Ich sollte nicht verhaftet und nicht in einem KZ zu Tode gequält, aber doch zum Schweigen gebracht werden. Am 4.10.2017 schreibt mir die SAALBAU Betriebsgesellschaft, offensichtlich auf Veranlassung des Magistrats der Stadt Frankfurt: „...nach eingehender Recherche über Inhalte der

Buchvorstellung kann die Veranstaltung am 13.Oktober 2017 (die ich vor drei Wochen gebucht und bezahlt habe) nicht stattfinden.“

Ich will beide Ereignisse nicht gleichstellen, aber doch vergleichen. Mein Vater musste fliehen, weil er den Nazis nicht vertraut, weil er geahnt hat, was sie mit ihm machen würden, wenn sie ihn verhaften. Ich werde natürlich nicht fliehen, weil ich diesem Staat vertraue, seiner Verfassung, dem Grundgesetz, und weiß, dass das Recht und die Gesetze mich schützen werden.

Dennoch frage ich mich wie lange wir noch solche undemokratische und einseitige Verletzungen des Grundgesetzes, des Rechts des einzelnen auf seine eigene Meinung und darauf, dass er diese Meinung vertreten und vortragen kann und darf, dulden wollen. Mein Fall ist kein Einzelfall. Christoph Rinneberg hat eine 10 Seiten langen Liste mit ähnlichen Vorfällen erstellt, die von Aachen bis Ulm reicht, mit Stationen in: Bayreuth, Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Gräfelfing, Hamburg, Hannover, Hechingen, Heidelberg, Hildesheim, Kassel, Kiel, Köln, Leipzig, Mainz, München, Neuss, Nürnberg, Oldenburg, Tutzing. In manchen Städten bis zu 10 Mal, nämlich solchen, in denen die „Antideutschen“ besonders stark und aktiv sind. Wann wird die Öffentlichkeit anfangen sich gegen diese massive Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu wehren.

Ich sollte deswegen meinen Frust und meinen Zorn gegenüber dem Staat und der Stadt Frankfurt richten, aber ich ziehe es vor unsere Gesellschaft zu kritisieren, besonders die Presse, deren Aufgabe es eigentlich ist unsere Demokratie zu schützen. Seit Jahren aber stelle ich fest, dass die Presse, mit sehr wenigen Ausnahmen, zu diesem Unrecht, zu den 75 gemeldeten Verletzungen von Recht und Gesetz und den mindestens so vielen nicht gemeldeten Fällen, schweigt und in der Regel

den Verletzern die Bühne für ihre widerlichen, undemokratischen und verleumderischen Behauptungen frei gibt.

Beispiele dafür gibt es hunderte wenn nicht sogar Tausende. Ich will nur das letzte Beispiel hier erwähnen, als am 9. September 2017 die BILDZEITUNG berichtete: „Immer mehr antisemitische Delikte“, und behauptet hat, dass die Zahl der „antisemitischen Delikte“ zugenommen hat.

„Der Vorwurf des Antisemitismus ist in letzter Zeit zur billigen Münze verkommen. BILD berichtet, dass es immer mehr antisemitische Delikte gibt, obwohl der offizielle Bericht des Bundesministeriums des Inneren „Antisemitismus in Deutschland - ein Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, genau das Gegenteil sagt. Wenn es 2014 in Deutschland 1596 antisemitische „Straf- und Gewalttaten“ gab, so waren es 2015 „nur“ noch 1366 und wenn man die Zahl der Gewalttaten betrachtet, dann waren es 2014 insgesamt 44 Gewalttaten, 2015 aber nur 36. Da frage ich mich woher BILD und andere Tageszeitungen und insbesondere der Zentralrat der Juden in Deutschland, der von einem Steigen von antisemitischen Delikten sprach, die Chuzpeh nehmen, die Bevölkerung so falsch zu informieren und zu manipulieren. Und wieso das niemanden auffällt? Sitzen denn überall Redakteure und Chefredakteure, die sich vor dem Zentralrat und seinen „Soldaten“ fürchten. Ich kann das verstehen. Keiner möchte von Henryk M. Broder als „Antisemit“ verleumdet werden, und Kollegen wie sind mit diesem Vorwurf sehr schnell bei der Hand.

Und wenn man Straftaten im Zusammenhang mit dem „Israel-Palästina Konflikt“ betrachtet, dann waren es, nach Angaben des o.g. Expertenkreises im Jahre 2009 (Gazakrieg!) 350 Straftaten und 2014 (Gazakrieg!) sogar 575 aber in den Jahren 2003 bis 2013 bewegte sich

die Zahl zwischen 38 (2007) und 116 (2006) eher im Bereich deutlich unter 100. Und weiter teilen uns die Experten mit, dass unter der Gesamtzahl von Straftaten im Themenfeld „Israel-Palästina-Konflikt“ nur ca. ein Drittel antisemitisch zu bewerten ist.

Die Medien, insbesondere die Springer-Presse, aber auch die Parteien versuchen uns klar zu machen, dass die Zahl antisemitischer Delikte steigt. Die Zahlen sprechen aber eine ganz andere Sprache. Die sogenannten Straftaten stiegen in den Jahren 2003 bis 2014 nur zwei Mal, im Jahre 2009 und 2014 und zwar immer dann, wenn Israel brutal und unverhältnismäßig Palästinenser angegriffen und getötet, um nicht zu sagen ermordet hat. Und das ist für mich der Beweis, dass der sogenannte Antisemitismus direkt mit der Politik Israels zu tun hat.

BILD berichtet, dass „die Zahl antisemitischer und antiisraelischer Delikte in Deutschland“ um vier Prozent zugenommen hat“. Und wenn die Gesamtzahl der Delikte auf diesem Gebiet im Vergleich zu der Gesamtzahl aller Hassdelikte in Deutschland verschwindend gering ist, wie kann man da bei einem solch niedrigen Niveau überhaupt von „immer mehr“ schreiben und die Bevölkerung so verunsichern?

Was ist los in Deutschland. Die Antwort darauf ist simpel: Als ein israelischer Botschafter in den USA seinen Dienst beendet und nach Israel zurückkehrte, wurde er vom berühmten angesehenen Publizisten Amos Elon, der damals für Haaretz schrieb, gefragt: „Was war Ihr größter Erfolg als Botschafter?“ Dieser antwortete kurz und schnell: „Es ist mir gelungen die amerikanische Administration davon zu überzeugen, dass Antizionismus gleich Antisemitismus ist“.

Da und hier liegt der Hund begraben. Der israelischen „Hasbara“ (Propaganda) ist es gelungen die deutsche Politik, die deutsche Presselandschaft und viele Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen,

dass Kritik an Israels Politik gleich Antisemitismus ist. Nicht mehr und nicht weniger. Diese Antisemitismuswolke wirft seit Jahren immer mehr Schatten auf den innerdeutschen Diskurs. Es gibt in der Politik und in der Presse einen vorauseilenden Gehorsam. Man hat vor dem Thema Angst, man hat Angst etwas Falsches zu sagen und als Antisemit zu gelten, was für manche das Ende ihrer Karriere bedeutet.

Und wenn ich vorhin vom „letzten Beispiel“ sprach, so will ich noch vom allerletzten Beispiel sprechen, wohl wissend, dass es nicht das allerletzte bleiben wird.

Schon wieder ist die Erinnerung an Auschwitz und den Holocaust auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet. Das richtige Urteil eines Frankfurter Gerichts, dass es für eine kuwaitische Airline nicht „zumutbar“ sei, einen israelischen Passagier von Frankfurt nach Bangkok zu befördern, erinnert Mathias Döpfner, der CEO der Axel Springer SE, an Auschwitz und dem Holocaust. Mich erinnert Döpfners Vergleich an Franz Werfels berühmte Kurzgeschichte: *Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuld*. Es ist wie eh und je: Philozionisten brauchen Antisemiten wie die frühen Teufelsaustreiber Dämonen: der eine kann nun mal ohne das andere nicht leben. Und da ist jedes Ereignis, dass ein krankes Hirn an den Holocaust erinnert, gerade richtig.

Da sind nun endlich der Holocaust und Auschwitz in der Gosse gelandet, und werden instrumentalisiert in einem schäbigen Propagandaprozess, indem ein Israeli unbedingt mit Kuwait Airways nach Bangkok fliegen wollte und nachdem die arabische Airline sich weigerte, einen Israeli zu befördern, dies mit Gewalt per Gerichtsurteil erzwingen wollte. Die richtige und weise Entscheidung des Gerichts trieb wohl einigen Zionisten Schaum vor dem Mund. Ich möchte gerne wissen wie sie

reagiert hätten, falls ein arabischer Passagier den Wunsch hätte, mit EL AL zu fliegen.

Dass das Ganze eine von der israelischen Hasbara (Propaganda) inszenierte Provokation ist, liegt für mich auf der Hand. Mehr als ein Dutzend Airlines fliegt von Frankfurt nach Bangkok, die meisten sogar direkt, ohne Zwischenlandung in Kuwait. Kuwait Airways ist nicht einmal die günstigste Verbindung, die thailändische Fluggesellschaft Thai Airlines ist viel günstiger. Man fragt sich auch warum er nicht, wenn er schon bereit war umzusteigen, nicht mit El Al gebucht hat: Frankfurt-Tel-Aviv-Bangkok. Kuwait Airways hatte dem sturen israelischen *Passagier* angeboten ihn auf eigene Kosten bei jeder anderen Fluglinie seiner Wahl ein Ticket für die erste Klasse zu besorgen, sogar bei der El Al. Großzügiger kann man doch auf eine solch unverschämte Provokation gar nicht reagieren. Aber der Israeli bestand darauf, mit Kuwait Airways zu fliegen.

Kuwait Airways hat vor Gericht gesiegt aber in der Öffentlichkeit und in den Medien wird sowohl die Airline als auch das Gericht als antisemitisch verleumdet, beleidigt und diffamiert. Der Spiegel fragt: Warum darf diese Fluggesellschaft Israelis abweisen? Hat sich etwa bis zum Spiegel nicht herumgesprochen, dass Kuwait den Staat Israel nicht anerkennt? Der Spiegel meint es sei „ein pikanter Fall“, dabei ist es ein skandalöser Fall, dass man der israelischen Propaganda erlaubt deutsche Gerichte zu missbrauchen zum Zwecke seiner antiarabischen Propaganda. Man beklagt, dass „Kuwait Airways keine israelischen Staatsangehörigen befördert“. Ich habe noch nie gehört, dass EL AL, die israelische Staatslinie, arabische Staatsangehörige befördert und selbst israelische Staatsangehörige, wenn sie Moslems sind, werden bei El Al wie Staatsfeinde behandelt.

Kuweit Airways, eine staatliche Fluggesellschaft, berief sich dabei auf ein kuweitisches Gesetz aus dem Jahr 1964. Das Gesetz verbietet Vereinbarungen aller Art mit israelischen Staatsbürgern. Für den israelischen Studenten, der mit der Fluggesellschaft nach Bangkok fliegen wollte, ist das nicht weniger als ein Beweis, dass man „2017 in Deutschland antisemitisch diskriminiert werde und ein Gericht dafür noch Verständnis zeigt“. Dabei hat das Gericht vollkommen korrekt geurteilt, weil im vorliegenden Fall es sich nicht um einen Juden handelt, sondern um einen Israeli, „und zwar unabhängig davon, welche Religion sie angehören“. Kuweit Airways hätte mit Sicherheit auch so gehandelt, wenn der Israeli kein Jude sondern Moslem, Christ oder Druse wäre.

Kaum war das Urteil bekannt, da stürzten sich die üblichen Verdächtigten, die christlichen Zionisten wie Frankfurts Bürgermeister Uwe Becker „tief schockiert“ über die Entscheidung. Weniger schockiert, wenn nicht ganz und gar nicht schockiert, waren Becker, der Zentralrat der Juden in Deutschland, Volker Beck, der grüne Philosemit, der CDU Bundestagsabgeordneter Volker Ullrich, das Auswärtige Amt, die Bundesregierung und etliche Politiker in Hessen, wo der ganze Landtag sich gegen das Gericht und selbstverständlich gegen die Kuweit Airways, von der CDU, über die SPD bis hin zu den Grünen, FDP und sogar den Linken, darüber, dass in Israel in dritter Lesung im März dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet wurde: Einreiseverbot nach Israel für BDS-Befürworter/innen.

Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Fraktionsvorsitzender, fügte noch hinzu: „Ein Fall wie Kuweit Airways darf sich nicht wiederholen, wenn wir das liberale, aufgeklärte Grundmoment unserer Rechtsordnung erhalten wollen.“ Wo bleibt denn dieser Verfechter unserer Grundordnung, wenn Juden wie ich, die Israels Politik kritisieren, von Städten und Gemeinden daran gehindert werden ihre Meinung vorzutragen.

Für Nathan Gelbart, dem radikal zionistischen Anwalt des „*agence provocateur*“ aus Frankfurt, handelt es sich um eine Diskriminierung von Juden. „Das ist ein beschämendes Urteil für die Demokratie und für Deutschland“, meint er und kündigte Berufung an. Dabei ist es ein Urteil, auf das jeder in Deutschland stolz sein kann und soll.

Bevor ich nun zwei Kapitel aus meinem Buch vorlesen werde, möchte ich noch die Kernthesen des Buches vortragen:

Die wichtigste These, der wir täglich Zeugen werden, ist: Die endlose Wiederholung des Antisemitismusvorwurfs schafft nur neuen Antisemitismus oder macht diesen lächerlich und führt ihn ad absurdum. Im besten Falle lässt es aber die Menschen unberührt, weil inzwischen zu oft gehört.

Eine weitere Kernaussage ist: Es gibt eben keine klare Definition von Antisemitismus, es sei denn: Antisemitismus bedeutet Juden zu hassen nur weil sie Juden sind. Nicht mehr und nicht weniger. Alle anderen sogenannten „Arbeitsdefinitionen“, von wem auch immer, sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind.

Antisemitismus ist Rassismus und muss bekämpft werden. Darüber kann nicht diskutiert werden. Aber eine „Antisemitismus-Schnüffelei“ muss auch bekämpft werden. Sie muss sofort aufhören, denn wer Israels Politik kritisiert ist noch lange kein Antisemit oder umgekehrt: Man muss nicht Antisemit sein, um Israels Politik zu kritisieren.

Wer die Boykottkampagne BDS unterstützt oder rechtfertigt, ist nicht deswegen schon ein Antisemit. Eine Vorzensur von Vorträgen und anderen Veranstaltungen durch Stadtverwaltungen, Stadtkämmerer und Rathausfraktionen ist im Grundgesetz nicht vorgesehen und erst recht nicht durch zionistische Organisationen.

Eine weitere Kernaussage ist die Kritik an der Politik des Zentralrats der Juden in Deutschland, der blind und stur hinter Israels Politik steht. Das zerbrechliche Verhältnis zwischen Deutschen und Juden wird in der Regel verschwiegen und man verlagert alles auf die Beziehung zu Israel, wo es heißt: Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson. Das ist eine der unsäglichen falschen Aussagen deutscher Politik.

Und als Letztes: Wir erleben in Deutschland eine extreme Überidentifikation mit Israel. Wer in Deutschland heute Israel unterstützt, geht nicht davon aus, dass er einer Kolonialmacht hilft ein anderes Volk zu unterdrücken und dessen Land zu rauben. In erster Linie sieht man in Israel das Land der Opfer des Nationalsozialismus bzw. des ewigen Antisemitismus. Das ist zwar im gewissen Sinne wahr, aber wahr ist auch, dass dadurch neue Opfer entstanden sind, die man fleißig ignoriert. Die Palästinenser sind die Opfer der Opfer und die Juden der Juden. Diejenigen, die glauben, dass der Zionismus eine Erweiterung des Judentums ist, haben keine Ahnung. Und diejenigen, die den Staat Israel tatsächlich für einen jüdischen Staat halten, haben noch weniger Ahnung und sind Opfer der zionistischen Propaganda.